

10. Feb. 2010

Postulat

von Christian Wenger (SD)
und Ueli Brasser (SD)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob analog zum Wohnanteilplan ein Ausländeranteilplan eingeführt werden kann, welcher für die einzelnen Stadtgebiete eine Zielgrösse für den Ausländeranteil vorgibt, bei deren Überschreitung die Behörden aktive Massnahmen gegen die Überfremdung einleiten müssen.

Begründung:

Der Wohnanteilplan hat sich als Mittel gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum bestens bewährt. Nun ist Zürich mit dem Problem konfrontiert, dass die Integration und Assimilation der AusländerInnen in vielen Quartieren nicht mehr funktioniert, weil es schlicht viel zu viele sind. Mit dem Ausländeranteilplan sollen daher Richtgrössen für das erträgliche Mass der Immigration vorgegeben werden. Wird dieses Mass überschritten, so sollen gezielte Massnahmen ergriffen, d.h. zum Beispiel keine städtischen Wohnungen mehr an ausländische Mieter abgegeben und die Genossenschaften und privaten Vermieter öffentlich aufgerufen werden, ebenso zu verfahren. Viele weitere Massnahmen (z.B. Zuteilung von Schülern aus überfremdeten in weniger überfremdete Quartiere) sind denkbar und müssten noch im Detail erarbeitet werden.

